

Wärmewende in Mainburg: Fahrplan für klimaneutrale Versorgung bis 2045

Mainburg hat den Abschlussbericht zur kommunalen Wärmeplanung vorgestellt. Grundlage ist das im Jahr 2024 in Kraft getretene Wärmeplanungsgesetz des Bundes. Es verpflichtet Kommunen, sich intensiv mit ihrer künftigen Wärmeversorgung auseinanderzusetzen und konkrete Szenarien für eine klimaneutrale Wärme bereit zu stellen. Für Städte wie Mainburg mit weniger als 100.000 Einwohnern gilt: Bis spätestens Mitte 2028 muss ein Wärmeplan vorliegen. Zudem hat sich der Freistaat Bayern zum Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu sein.

Die gesetzlichen Vorgaben machen klar: Es reicht nicht, auf die derzeitige Versorgung mit Öl und Gas zu setzen. Kommunen müssen untersuchen, wie sich der Wärmebedarf in den kommenden Jahren entwickelt, welche erneuerbaren Quellen nutzbar sind und welche Infrastrukturen dafür geschaffen werden müssen.

Die Bestandsanalyse für Mainburg zeigt, dass rund 80 Prozent des aktuellen Bedarfs durch fossile Quellen wie Erdgas und Öl gedeckt werden. Der jährliche Bedarf im Gemeindegebiet liegt bei rund 184 Gigawattstunden. Erneuerbare Energien spielen bislang nur eine Nebenrolle. Um das zu ändern, wurde durch die kommunale Wärmeplanung ein Fahrplan entwickelt. Nach den Planungen soll der Anteil erneuerbarer Wärmequellen bis 2030 auf etwa ein Drittel steigen, 2035 auf über 50 Prozent, 2040 auf knapp 80 Prozent – bis 2045 soll die Wärmewende vollständig abgeschlossen sein und die Versorgung vollständig klimaneutral erfolgen.

Mit der kommunalen Wärmeplanung erfüllt die Stadt ihre Pflicht und macht einen ersten Schritt für die zukünftige Ausrichtung. Mainburg setzt auf mehrere Handlungsfelder. Geplant sind verstärkte Informationen und Beratungsangebote für Hauseigentümer, Sanierungen kommunaler Gebäude sowie Anreize für energetische Modernisierungen. Parallel untersucht werden, ob Flusswasserwärme als Quelle für ein potentiell Wärmenetz umsetzbar ist. Auch industrielle Abwärme könnte in Zukunft genutzt werden.

Außerdem wurden mögliche Gebiete für ein Wärmenetz vorgeschlagen. Als Ergebnis für die sogenannten Eignungsgebiete wurden das Gebiet „Mainburg Zentrum“ ermittelt. Dort gibt es größere Wärmeabnehmer, sogenannte Ankerkunden, wodurch sich die Einrichtung von Wärmenetzen wirtschaftlich lohnen könnte. Zudem kommen als Prüfgebiete „Wambach“ und das Gewerbegebiet im

Süden ins Gespräch. Ob und wie solche Netze realisiert werden, müssen weitere Machbarkeitsstudien zeigen.

Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet die Planung vor allem: rechtzeitig über die eigene Wärmeversorgung nachzudenken. Dort, wo durch die Planung keine Eignungs- oder Prüfgebiete empfohlen sind, wird eine individuelle Lösung notwendig bleiben. Daher empfiehlt sich in den dezentralen Gebieten, sich frühzeitig beraten zu lassen und von Förderprogrammen zu profitieren.

Im Rathaus ist man sich bewusst: Noch sind viele Schritte offen, und nicht alle vorgeschlagenen Maßnahmen werden umgesetzt werden können. Der Wärmeplan ist deshalb in erster Linie ein Kompass, der die Richtung vorgibt. „Das Wärmeplanungsgesetz zwingt uns, die Zukunft mitzudenken – und das ist eine Chance für Mainburg“, resümiert Bürgermeister Helmut Fichtner. Ziel sei eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Versorgung, die nicht nur Klimaschutzziele erfüllt, sondern auch die Lebensqualität in Mainburg langfristig sichert. Weitere Informationen und der ausführliche Endbericht zur Kommunalen Wärmeplanung für die Stadt Mainburg finden sich unter: www.mainburg.de/Wärmeplanung

Bildunterschrift:

Potentielle Gebiete für zukünftige Wärmenetze – grün: Eignungsgebiet „Mainburg Zentrum“ und gelb: Prüfgebiete wie „Wambach“ und das Gewerbegebiet im Süden Mainburgs.

Bildinformation/Urheber: Frequentum, Plan4Better beauftragt durch die Stadt Mainburg.

Nationale Klimaschutzinitiative

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert die Bundesregierung seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Sabrina Ledke:
Tel: 08751-704 310 (sabrina.ledke@mainburg.de)

(bei Veröffentlichung von
Bildern bitte folgenden
Bildnachweis angeben:
Stadt Mainburg)